



Zentrum
Liberales
Moderne

KÖNNTE DIE AKTUELLE EXISTENZIELLE KRISE DER NATO IHRE LETZTE SEIN?

von Gerlinde Niehus

LibMod Policy Paper

Könnte die aktuelle existenzielle Krise der NATO ihre letzte sein?

Im Laufe ihrer 75-jährigen Geschichte hat die NATO viele Stürme überstanden.

Mindestens zwei frühere Krisen waren existenziell – und in beiden Fällen spielten die USA eine Schlüsselrolle. Die neue Krise des transatlantischen Bündnisses, ausgelöst von Präsident Trump, geht tiefer. Europa braucht eine mutige und starke Strategie, um sich in diesem Sturm zu behaupten.

Gerlinde Niehus, ehemalige stellvertretende Direktorin für Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit bei der NATO analysiert für uns die aktuelle Situation.

Während der Suezkrise 1956 lehnten die USA unter Präsident Eisenhower die Anwendung von Gewalt durch Großbritannien und Frankreich zur Wiedererlangung der Kontrolle über den Suezkanal entschieden ab. Ägypten hatte den Suezkanal zuvor verstaatlicht. Als ehemalige Kolonialmächte betrachteten Großbritannien und Frankreich den Suezkanal als entscheidend für ihre wirtschaftlichen und strategischen Interessen. Sie sahen in der Verstaatlichung eine Bedrohung ihres Einflusses in der Region und beschlossen trotz der Ablehnung durch die USA, militärisch einzugreifen. Damals zwangen die USA sie zum Rückzug. Dieser Bruch unter den Bündnispartnern offenbarte seinerzeit vor allem den Mangel an politischen Konsultationen innerhalb des Bündnisses. Als Reaktion darauf erarbeitete die NATO den berühmten „Bericht der drei Weisen“, der die politische und nichtmilitärische Rolle der NATO stärkte, die politischen Konsultationen intensivierte und dazu beitrug, den strategischen Rahmen des Bündnisses zu erweitern.

2003 kam es zu einem weiteren tiefen Riss in der Allianz, diesmal im Zusammenhang mit dem Irak. Viele NATO-Staaten, darunter Frankreich, Deutschland und Belgien, vertraten die Auffassung, dass es keine überzeugenden Beweise für die mutmaßliche Existenz von Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins gab. Damals dienten diese angeblichen Waffen den USA als Hauptargument zur Rechtfertigung eines Einmarsches. Die USA, die vom Vereinigten

Königreich und Polen unterstützt wurden, führten die Invasion dennoch durch und stürzten den irakischen Diktator. Obwohl die NATO als Organisation nicht direkt beteiligt war, waren die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bündnispartnern so tief und bitter, dass ein Auseinanderbrechen des Bündnisses seinerzeit durchaus möglich war. Als sich in der Folge herausstellte, dass keine Massenvernichtungswaffen gefunden wurden, führte dies zu einer langanhaltenden Beschädigung der Glaubwürdigkeit der USA in der NATO.

Die von Donald Trump und seinem Clan ausgelöste Krise ist ebenfalls existenziell für die NATO und in mehrfacher Hinsicht noch fundamentaler:

- Mit seiner Verachtung für die Demokratie verstößt Donald Trump gegen die gemeinsamen Werte und Grundsätze der NATO, die im Gründungsvertrag des Bündnisses von 1949, dem Washingtoner Vertrag, verankert sind. In der Präambel verpflichten sich die Bündnispartner, „die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisationen ihrer Völker zu schützen, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der individuellen Freiheit und der Menschenrechte beruhen“.
- Seine neoimperialistischen Nötigungen, die sich unter anderem gegen zwei NATO-Bündnispartner richten, nämlich Kanada und

Dänemarks selbstverwaltetes Territorium Grönland, über die er die Kontrolle erlangen will, verstoßen sowohl gegen die UN-Charta als auch gegen den NATO-Vertrag.

- Indem er Zweifel daran äußert, ob die USA im Falle eines bewaffneten Angriffs zur Verteidigung anderer Bündnispartner beitragen würden, stellt er das Fundament der NATO, die Klausel über die kollektive Verteidigung in Artikel V des Washingtoner Vertrags, in Frage.
- Trumps gesamte strategische Ausrichtung, wie sein Kuscheln mit dem russischen Despoten Wladimir Putin oder die Beschimpfung des demokratisch gewählten ukrainischen Präsidenten als „Diktator“, steht in eklatantem Widerspruch zu den Beschlüssen der aufeinanderfolgenden NATO-Gipfel. Sie ist symptomatisch für eine politische Kehrtwende weg von übergreifenden strategischen NATO-Politiken, auf die sich alle Bündnispartner einschließlich der USA geeinigt haben, sei es die Militärstrategie 2019, das Konzept zur Abschreckung und Verteidigung des euroatlantischen Raums (DDA) 2020 oder das Strategische Konzept 2022.

All dies hat zu einer Aushöhlung dessen geführt, was wohl die Grundlage eines Bündnisses ist: das gegenseitige Vertrauen. Donald Trump hat Wladimir Putin zwei große politische Erfolge auf dem Silbertablett serviert: die Abkopplung der USA von der europäischen Sicherheit und die Neutralisierung, wenn nicht gar Zerstörung der NATO.

Hat die NATO in Anbetracht dessen einen Plan, wie sie mit den zahlreichen Anfeindungen umgehen soll? Wie würde die NATO mit einem möglichen Rückzug der USA aus dem Bündnis umgehen?

Möglicherweise existieren Pläne von NATO-Generalsekretär Rutte, die nicht offen zutage liegen, doch bisher ist wenig sichtbar oder greifbar, was einem kohärenten Plan, einer Strategie oder politischen Optionen ähnelt. Der Schwerpunkt scheint auf Gesprächen mit wichtigen US-Gesprächspartnern und der Aktivierung von Ruttés Talent als „Trump-Flüsterer“ zu liegen – was schließlich auch einer der Hauptgründe war, warum er den Job als

Mit seiner Verachtung für die Demokratie verstößt Trump gegen die gemeinsamen demokratischen Werte der NATO und eine regelbasierte internationale Ordnung.

Generalsekretär bekam. Große Teile der NATO scheinen gelähmt zu sein oder sich in einem Zustand der Verleugnung zu befinden. Das betrifft nicht nur die Arbeit an der Definition einer neuen Russlandpolitik (eine Aufgabe des Gipfels 2024), sondern auch andere Arbeitsbereiche: Wie kann der Nordatlantikrat angesichts des sich verschärfenden Schattenkriegs Russlands noch Maßnahmen zu solch hochsensiblen Themen wie Cybersicherheit, Unterstützung für die Ukraine oder zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Alliierten erörtern, wenn die Nationen nicht ausschließen können, dass ihre Positionen durchaus mit Moskau geteilt werden könnten? Ein kohärenter Plan, der diesen Namen verdient, oder Optionen für den Umgang mit den Anfeindungen sind nicht vorhanden.

Ein erster unmittelbarer Schritt für die NATO muss darin bestehen zu erkennen, dass sie nicht einfach in der Defensive gegenüber Trump verharren darf – einem ängstlichen kleinen Kaninchen gleich, dass die Schlange bittet, es zu verschonen. Das ist ein Rezept, verschlungen zu werden. Stattdessen sollten mutige Bündnispartner als eine Koalition der Willigen die Initiative ergreifen und die USA auffordern, klarzustellen, ob sie sich noch an eine ganze Reihe wichtiger strategischer Dokumente halten, die den Besitzstand der NATO und die grundlegende politische Agenda bilden. Dazu gehören der NATO-Vertrag, das Strategische Konzept 2022 und die Militärstrategie 2019, um nur die grundlegendsten zu nennen. All diese Dokumente wurden natürlich auch von den USA mitentwickelt und beschlossen. Je nachdem wie die Antwort ausfällt, sollten die Bündnispartner die USA entweder dazu auffordern, die eingegangenen Verpflichtungen

Die Zeiten von Europas Kindheit und Jugend, die Jahrzehnte des geopolitischen Outsourcings sind vorbei.

einzuhalten, oder sie dazu anhalten, ihre Mitgliedschaft auszusetzen. Zumindest würde dieser Prozess D. Trump signalisieren, dass er seine Bündnispartner durch sein Drangsalieren nicht zur Unterwerfung und Kapitulation zwingen kann.

Zwar besteht die Hauptaufgabe eines jeden NATO-Generalsekretärs darin, das Bündnis zusammenzuhalten und somit die USA in der NATO zu halten, doch gibt es keinerlei Garantie, dass dies in diesem Fall möglich ist. Marc Rutte wäre daher gut beraten, parallel dazu andere Optionen und Szenarien zu verfolgen. Dies erfordert eine wesentlich engere Zusammenarbeit auf strategischer Ebene mit der EU und es braucht die Förderung neuer Formen der Zusammenarbeit – angefangen bei Koalitionen der Willigen.

In Anbetracht der Missachtung der Europäer in der NATO und der EU durch die USA muss der logische Schwerpunkt dieser Bemühungen Europa sein, mit dem übergeordneten Ziel, ein ernstzunehmender geostrategischer Akteur zu werden. Die Zeiten von Europas Kindheit und Jugend sind vorbei. Die Jahrzehnte des geopolitischen Outsourcings sind vorbei. Es ist höchste Zeit, Verantwortung zu übernehmen und sich wie ein Erwachsener zu verhalten.

Die meisten der folgenden Überlegungen und Empfehlungen basieren auf dem bisher wahrscheinlichsten Szenario einer anhaltenden russischen Bedrohung unserer Sicherheit, einer sofortigen bis mittelfristigen Beendigung der US-Unterstützung für die Ukraine und einer grundlegenden Neuausrichtung der transatlantischen Beziehungen hin zu einer geringeren Rolle der USA und einer größeren strategischen Verantwortung Europas. Dies würde zum einen die Schaffung einer „Koalition der Willigen“ als Ad-hoc-Lösung erfordern und bräuchte zum anderen eine Europäisierung der NATO in Verbindung mit der Stärkung der EU als ein fähigerer Akteur im Bereich der Sicherheit und Verteidigung. Zu den wichtigsten Prioritäten für die Europäer (und Kanadier) würden folgende gehören:

• Ausarbeitung eines soliden und umfangreichen Unterstützungspakets für die Ukraine

Russland in der Ukraine zu besiegen, ist die effektivste und effizienteste Investition in die europäische Sicherheit. Die europäische Verteidigung beginnt in der Ukraine. Um mit Russlands Ressourcen auf dem Schlachtfeld gleichzuziehen, wären nur 0,2 % des BIP aller europäischen NATO-Mitglieder erforderlich, so eine neue Studie des Tony Blair Institute. Das ist ein machbarer Betrag, insbesondere wenn man bedenkt, dass die europäischen NATO-Mitglieder im Falle eines russischen Sieges in der Ukraine etwa 5 % ihres BIP für die Verteidigung aufwenden müssten.

Um eine mögliche künftige friedenserhaltende oder -sichernde Mission durchführen zu können, müssen sich die Staats- und Regierungschefs von EU und NATO auf einen neuen Rahmen einigen, der auf einer „Koalition der Willigen“ beruht, da das Einstimmigkeitsprinzip beider Institutionen sie sonst lähmen würde. Diese Bemühungen nehmen bereits Gestalt an, wobei Frankreich und das Vereinigte Königreich bisher die Führung innehaben. Perspektivisch, und vor allem, wenn die neue Mission von der Planung zur Umsetzung übergeht, könnte die politische Führung von einem Quintett aus Frankreich, Großbritannien, Polen, Italien und Deutschland übernommen werden. Die operative Führung könnte durch die von Großbritannien

geführten Joint Expeditionary Forces (JEF) übernommen werden, die zumindest um Frankreich, Polen, Deutschland, Italien und idealerweise weitere Nationen wie Kanada erweitert werden müssten.

• Verstärkung der kampffähigen Truppen und Aufbau einer gemeinsamen Verteidigungsplanung in Europa

Auf dem Papier verfügen die europäischen Armeen über insgesamt 1,9 Millionen Militärangehörige, davon allein 1,33 Millionen in der EU. Die Effizienz wird jedoch durch eine Vielzahl von Problemen beeinträchtigt. Diese reichen von mangelnder Ausrüstung, einschließlich der meisten strategischen Ausrüstungsgegenstände, über mangelnde Ausbildung bis hin zum Fehlen einer einheitlichen Führung. Im Grunde genommen sind die europäischen Armeen bisher nicht in der Lage, ohne US-Unterstützung zu kämpfen. Eine aktuelle Analyse von Bruegel kommt zu dem Schluss, dass Europa seine Kapazitäten um die Kampfkraft von 300 000 US-Soldaten aufstocken müsste, um sich gegen Russland als seine direkteste und unmittelbarste Bedrohung verteidigen zu können. Die europäischen NATO-Verbündeten sollten sich im Rahmen des Verteidigungsplanungsprozesses der NATO auf ein militärisches Anspruchsniveau für die europäische strategische Verantwortung einigen.

Die Rüstungsproduktion in Europa ist bisher zu klein, zu fragmentiert und zu langsam. Ein Gefühl für die Dringlichkeit ist weitgehend nicht vorhanden.

• Anpassung der Verteidigungsinvestitionen an den strategischen Bedarf

Angesichts dieser enormen Defizite sollten sich die Europäer und Kanada verpflichten, die Verteidigungsausgaben auf einen neuen Basiswert von 3,5 % des BIP anzuheben - was in den Jahrzehnten des Kalten Krieges in den europäischen Ländern so ziemlich die Norm war. Im Vorfeld des Gipfels im Juni 2025 hat

NATO-Generalsekretär Rutte nun tatsächlich vorgeschlagen, dass die NATO-Mitglieder ihre Verteidigungsausgaben bis 2032 auf 3,5 % ihres BIP anheben und weitere 1,5 % für allgemeiner sicherheitsrelevante Bereiche wie Infrastruktur, Mobilität oder Cybersicherheit bereitstellen, um der Forderung von US-Präsident Donald Trump nach einem 5 %-Ziel nachzukommen. Das Gipfeltreffen scheint daher zu einer Ein-Themen-Veranstaltung zu werden, die alle umfassenderen strategischen Fragen in den Hintergrund drängt und deren übergeordnetes Ziel es ist, Donald Trump zu besänftigen.

Bei der Erhöhung der Verteidigungsausgaben müssen die politischen Entscheidungsträger ihrer Bevölkerung gegenüber offen sein und erklären, dass Frieden und Sicherheit Investitionen in unseren Wohlstand sind. Tatsächlich sollten sie auch die Botschaft verstärken, dass Verteidigungsinvestitionen zu mehr öffentlichen Einnahmen, mehr Bruttowertschöpfung und mehr Arbeitsplätzen führen!

Parallel dazu müssen die Europäer auch auf eine gemeinsame Finanzierung auf EU-Ebene hinarbeiten. Die EU hat im Zuge der Covid-19-Pandemie ein massives, mehrstufiges Unterstützungspaket in Höhe von insgesamt ca. 3,2 Billionen EUR als fiskalische Antwort mobilisiert. Die heutigen Sicherheits Herausforderungen sind weitaus größer. Wenn nicht auch jetzt ein ehrgeiziger und robuster Ansatz verfolgt wird, wäre dies vor allem Ausdruck politischer Trägheit und Mangel an Führung.

• Ankurbelung der europäischen Rüstungsproduktion

Die Rüstungsproduktion in Europa ist bisher zu klein, zu fragmentiert und zu langsam. Ein Gefühl für die Dringlichkeit ist weitgehend nicht vorhanden. Russland produziert in drei Monaten derzeit so viel wie alle NATO-Länder in einem Jahr! Die Europäer müssen die wichtigsten Lücken in der Luft- und Raketenabwehr oder bei den „Deep-Strike“-Systemen rasch schließen und die strategischen Voraussetzungen wie Luftbetankung oder Nachrichten-, Überwachungs- und Aufklärungssysteme (ISR) entwickeln, die in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend von den USA bereitgestellt wurden. Die Europäer sollten

auch den bevorstehenden Bericht der NATO über Fähigkeitslücken – in dem voraussichtlich 49 neue Brigaden, 1500 Panzer und 1000 Artilleriegeschütze gefordert werden – als Leitfaden für die Prioritäten der EU bei den Industrieausgaben betrachten. Da neue große Gelder für die Verteidigung nicht automatisch zu größeren Fähigkeiten führen, muss die EU ihre Regelungsbefugnis nutzen, um die Reform des industriepolitischen Rahmens zu beschleunigen.

• Weitere Verstärkung der Ostflanke Europas durch die Verlegung von Truppen und die Bereitstellung von Ausrüstung

Dies wird die Abschreckungs- und Verteidigungsposition Europas gegenüber Russland als der größten Bedrohung für Frieden und Sicherheit stärken. Die jüngsten Vorschläge des polnischen Premierministers Tusk zur Stärkung der NATO-Luftüberwachung im Baltikum und der Operation „Baltic Sentry“ zum besseren Schutz kritischer Infrastrukturen sind Schritte in die richtige Richtung. Bisher existieren gravierende Hürden bei der militärischen Mobilität, z. B. das Fehlen einer angemessenen Infrastruktur wie Straßen oder Schienen, das Fehlen standardisierter Verfahren im Sinne eines (nichtexistierenden) „Militärischen Schengens“. Dies sowie die Fülle an bürokratischen Hürden führen dazu, dass jede Verlegung großer Streitkräfte langsam und umständlich ist. Wichtige Einrichtungen wie der 2023 in Polen eröffnete Komplex für die langfristige Lagerung und Wartung von Ausrüstung sind für eine glaubwürdige Abschreckung und Verteidigung unerlässlich. Die militärischen Planer müssen ein Gleichgewicht finden zwischen den derzeitigen realen Kosten für die Vorverlegung von Streitkräften und das Vorhalten von Ausrüstung sowie den künftigen potenziellen Kosten einer Niederlage in einer Auseinandersetzung an der Ostflanke. Diese wären vergleichsweise deutlich höher. Alles in allem ist es wichtig, durch umsichtige Planung der Zeit voraus zu sein.

• Förderung von Synergien mit anderen gleichgesinnten Partnern in der ganzen Welt

Angesichts des Neo-Imperialismus von Donald Trump und seiner mangelnden Bereitschaft, sich wie ein vertrauenswürdiger Verbündeter zu verhalten, ist es wichtig, Beziehungen zu denjenigen Ländern zu knüpfen, die die grundlegenden Werte und das Interesse der NATO und der EU an der Aufrechterhaltung einer regelbasierten internationalen Ordnung teilen. Dazu gehören fähige Partner im indopazifischen Raum wie Japan, Australien oder Südkorea, aber auch andere Partner in Lateinamerika, Afrika und Asien sollten einbezogen werden.

Bereiten Sie sich auf das Udenkbare vor: Ein konventioneller US-Austritt aus der NATO und die „nukleare Option“

Der Gründungsvertrag der NATO aus dem Jahr 1949 sieht in Artikel 13 die Möglichkeit vor, dass jede Vertragspartei „ein Jahr, nachdem sie der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ihre Kündigung mitgeteilt hat, aufhört, Vertragspartei zu sein“. Bislang wurde von dieser Klausel zwar noch nie Gebrauch gemacht, doch angesichts des zwischenstaatlichen Charakters der NATO ist die Mitgliedschaft per definitionem freiwillig. Dies gilt auch für die USA.

Ein vollständiger konventioneller Rückzug der Vereinigten Staaten aus der NATO – vorausgesetzt, er wird nicht vom US-Kongress gestoppt – würde das Bündnis grundlegend umgestalten und eine beispiellose Anpassung in allen politischen, militärischen, finanziellen und organisatorischen Bereichen erfordern. Dies könnte durchaus dazu führen, dass die NATO in ein neues Europäisches Verteidigungsbündnis, eine neue Europäische Verteidigungsorganisation oder im weiteren Sinne in ein westliches Verteidigungsbündnis umgewandelt oder überführt wird. In dieses könnte auch der Anteil der EU an den Verteidigungsfähigkeiten integriert werden.

Das plötzliche Fehlen wichtiger militärischer Fähigkeiten, die den europäischen NATO-Mitgliedern derzeit nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, würde von Russland wahrscheinlich ausgenutzt werden, um seinen Einfluss zu vergrößern, NATO- und EU-Mitglieder unter Druck zu setzen oder sogar (begrenzte) Überfälle zu unternehmen. Vieles wird davon abhängen, wie schnell die verbleibenden Mitglieder in der Lage wären, die Lücken bei den strategischen Grundvoraussetzungen wie Luftbetankung, taktische Aufklärung, Gefechtsführung und Munitionsvorräte zu schließen.

Ein vollständiger konventioneller Rückzug der USA aus der NATO würde die bedeutendste Umgestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur seit der Gründung des Bündnisses bedeuten. Er wäre im Wesentlichen das Ende der NATO, wie wir sie kennen, und würde eine grundlegende Neukonzeption ihrer strategischen Ausrichtung und Haltung erfordern. Jeder Aspekt der Kernaufgaben der NATO (Abschreckung und Verteidigung, Krisenprävention und -bewältigung sowie kooperative Sicherheit) und die damit verbundenen militärischen Strategien und Pläne müssten umfassend überarbeitet werden.

Ein vollständiger konventioneller Rückzug der USA würde das Bündnis grundlegend umgestalten und eine beispiellose Anpassung in allen Bereichen erfordern.

Die daraus resultierende Aufgabenliste für die NATO wäre erschreckend lang. Um nur einige zu nennen:

- Umstrukturierung der Kommandostrukturen
- Behebung kritischer Fähigkeitslücken
- Erhöhung und Koordinierung der Verteidigungsausgaben
- Entwicklung der europäischen Verteidigungsindustrie
- Förderung der Interoperabilität
- Formulierung einer neuen strategischen Vision

Ein Erfolg würde ein noch nie dagewesenes Maß an politischem Willen und Zusammenarbeit unter den europäischen Mitgliedern erfordern, geeint durch die Erkenntnis, dass kollektive Sicherheit angesichts der anhaltenden Bedrohungen aus dem Osten unverzichtbar bleibt.

Als ob dies nicht schon schlimm oder beängstigend genug wäre, gibt es noch, zumindest theoretisch, die „nukleare Option“, d. h. dass die USA auch ihren nuklearen Schutzschirm zurückziehen. Dies wäre ein noch dramatischerer Wechsel der Spielregeln. Derzeit sind „die strategischen Nuklearstreitkräfte des Bündnisses, insbesondere die der Vereinigten Staaten, die oberste Garantie für die Sicherheit des Bündnisses“ (Strategisches Konzept der NATO, Absatz 29).

Ein möglicher Rückzug würde nicht nur die Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit, die Glaubwürdigkeit und die Kapazitäten der europäischen NATO weiter schwächen, sondern wäre auch eine offene Einladung an Russland zu mehr Zwang, verstärktem Schattenkrieg oder sogar einer offenen militärischen Aggression.

Die bestehenden Nuklearstreitkräfte des Vereinigten Königreichs und Frankreichs zu einem neuen europäischen Nuklearschirm auszubauen, wäre nicht nur immens kostspielig, sondern würde auch Zeit in Anspruch nehmen, sei es für die politische Entscheidungsfindung, die Entwicklung von Doktrinen oder die Mobilisierung von Mitteln, sowie für die Produktion, die Stationierung und Wartung dieser Waffen usw. Darüber hinaus könnte die Weiterverbreitung von Kernwaffen in Europa auf Widerstand stoßen, auch in den USA, wo die übergreifende strategische Ausrichtung bisher darin bestand, sie einzudämmen, sei es in Europa oder anderswo. Russland könnte Präventivschläge gegen neue europäische Nuklearinfrastrukturen mit dem Argument der Verhinderung der Weiterverbreitung rechtfertigen - und als Rechtfertigung auf israelische Präventivschläge gegen den Irak oder Syrien verweisen.

Dennoch hat die Intensivierung der Analyse, bestenfalls mit einer eingehenden Kosten-Nutzen-Studie, ihre Vorzüge. Sie fördert die bisher fehlende strategische Kultur in Europa und trägt dazu bei, das alte Klischee zu korrigieren, dass „die Amerikaner vom Mars und die Europäer von

Unmittelbar und dringend muss durch die Unterstützung der Ukraine eine „Koalition der Willigen“ als Ad-hoc-Lösung vorangetrieben und beschleunigt werden.

der Venus kommen“. Sie würde auch als strategische Botschaft dienen und die Entscheidungsfindung in Russland oder den USA erschweren. In diesem Stadium ist das an sich schon nützlich.

Insgesamt sollten die Europäer eine dreigleisige Strategie verfolgen, um die Initiative zurückzugewinnen und ein ernstzunehmender geopolitischer Akteur zu werden:

1. Als unmittelbare und dringende Notwendigkeit, die vor allem durch die unverzichtbare Unterstützung der Ukraine vorangetrieben wird, muss die Schaffung einer „Koalition der Willigen“ als Ad-hoc-Lösung vorangetrieben und beschleunigt werden. Dieser Ansatz ermöglicht es den Europäern erst, Ergebnisse zu erzielen, ohne dass Störer wie Ungarn oder die Slowakei die Entscheidungsfindung und Umsetzung blockieren können.
2. In einem zweiten Schritt müssen sie die Europäisierung der NATO in Verbindung mit der Stärkung der EU als fähigerem Akteur im Bereich der Verteidigung und Sicherheit vorantreiben.

Die Europäer haben ein vitales Eigeninteresse daran, zügig mehr europäische strategische Verantwortung zu übernehmen und im Gegenzug die USA zumindest mittelfristig zu binden, z.B. mit ihren Streitkräften und dem Nuklearschirm in Europa. Dies verschafft ihnen auch etwas Zeit, um die Fähigkeiten aufzubauen, die sie benötigen, um besser für ihre Verteidigung und Sicherheit sorgen zu können.

3. Auf Gleis drei müssen die Europäer auch ein mögliches Worst-Case-Szenario einer „NATO minus USA“ ins Auge fassen. Zwar würde der NATO-Gründungsvertrag von 1949 im Falle eines möglichen Rückzugs der USA nicht obsolet werden, doch könnte die politische

Dynamik, die durch eine solche umfassende „Scheidung“ ausgelöst würde, durchaus zur Schaffung eines neuen Europäischen Verteidigungsbündnisses (oder einer Organisation) oder eines westlichen Verteidigungsbündnisses führen, und zwar als neue Einrichtung und auf der Grundlage einer Koalition der Willigen. Eine solche neue Institution könnte die Rest-NATO mit den unter dem Dach der EU entwickelten Verteidigungs- und Sicherheitsfähigkeiten zusammenführen. Die Einrichtung einer solchen neuen Institution könnte auch ein nützlicher Schritt zur Stärkung der europäischen Handlungsfähigkeit sein. Wenn sie sich auf eine Koalition der Willigen stützt, könnte sie Kanada einbeziehen, und sie würde die berüchtigten Blockaden durch Russlands trojanische Pferde wie Orban und Fico vermeiden. Gleichzeitig könnte eine neue Institution die Ukraine einbeziehen, die wohl über die fähigsten und kampferfahrensten Streitkräfte in Europa verfügt, die durch die Verteidigung des Landes gegen eine Großmacht, nämlich Russland, abgehärtet sind. Dies wäre ein enormer Vorteil. Die Überlegungen zu all dem müssen jetzt beginnen. Die Ad-hoc-„Koalition der Willigen“, die geschmiedet wurde, um der Ukraine europäische Unterstützung zukommen zu lassen, könnte ein nützlicher Testfall oder Vorläufer sein.

Die gute Nachricht ist, dass die NATO frühere Krisen überstanden hat. Es besteht also die Hoffnung, dass sie auch dieses Mal den Antrieb und die Entschlossenheit haben wird, sich neu zu erfinden - oder als etwas Neues wiedergeboren zu werden. Es bleibt abzuwarten, ob NATO-Generalsekretär Rutte bei diesen Bemühungen eine bedeutende Rolle spielen wird. Bislang scheinen seine Vision und Strategie bestenfalls begrenzt.

Und es gibt noch eine gute Nachricht: Die Europäer verfügen mit einem BIP, das zehnmal größer ist als das Russlands, über die Ressourcen, um ein ernstzunehmender geostrategischer Akteur zu werden. Mit der richtigen Führung, mit Mut und Engagement können sie eine beeindruckende Kraft für das Gute werden.



Zentrum
Libérale
Moderne

Im Laufe ihrer 75-jährigen Geschichte hat die NATO viele Stürme überstanden. Mindestens zwei frühere Krisen waren existenziell – und in beiden Fällen spielten die USA eine Schlüsselrolle.

Die neue Krise des transatlantischen Bündnisses, ausgelöst von Präsident Trump, geht tiefer. Europa braucht eine mutige und starke Strategie, um sich in diesem Sturm zu behaupten.

Gerlinde Niehus, ehemalige stellvertretende Direktorin für Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit bei der NATO analysiert für uns die aktuelle Situation.

Gefördert vom



Auswärtiges Amt

Veröffentlicht im Juni 2025
vom

Zentrum Liberale Moderne
Reinhardtstraße 15
10117 Berlin

+49 (0)30 - 13 89 36 33
info@libmod.de

www.libmod.de